

2691/J XX.GP

der Abgeordneten Blünegger, Meisinger
und Kollegen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Umstrukturierungen und Personalabbau bei der Post sowie Sozialplan
für die betroffenen Bediensteten.

Seit der rechtlichen Ausgliederung und Umwandlung der Post- und
Telegraphenverwaltung in die Post und Telekom Austria A.G. stehen
"Reformen", insbesondere jedoch Personalabbaupläne, im Mittelpunkt der
Diskussion.

Es geht um das Schicksal von tausenden Postbediensteten und deren Familien,
die, vor dem Hintergrund eines beabsichtigten Böseanges im Jahre 1999,
gekündigt bzw. zwangspensioniert werden sollen. Insbesondere herrscht über
allfällige Sozialpläne unter den Betroffenen Unklarheit.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Bundesminister für Finanzen
folgende

Anfrage:

1. Welche Ausgliederungs- und Privatisierungsschritte sind in welchen
Teilbereichen der Post geplant und wie lauten die diesbezüglichen Zeitpläne und
Konzepte?
2. Existieren Unternehmenspläne der Post, die einen Personalabbau vorsehen und
wieviele Mitarbeiter sollen (und in welchen Bereichen) eingespart werden?
Wieviele Mitarbeiter wurden, aufgegliedert nach Teilbereichen, seit 1994
eingespart?
3. Entspricht es der Richtigkeit, daß eine sog. "Seibersdorferstudie"
Personaleinsparungen bis zu 20.000 Mitarbeitern vorsieht?
4. Wie beurteilen Sie die angebliche Feststellung der Studie, daß Postämter in
Orten bis zu 800 Einwohnern nicht kostendeckend zu führen sind und deren
Schließung vorgeschlagen wird?

5. Besteht die Absicht, genanntes Konzept unter Berücksichtigung eines Börseganges der PTA umzusetzen? Wenn ja, wie wird die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum mit Postdienstleistungen in Zukunft sichergestellt?
6. Wie lautet der aktuelle Stand der Verhandlungen über einen Sozialplan für die von Kündigung und Zwangspensionierung betroffenen Mitarbeiter?
7. Wie hoch wird die Anzahl der Postbediensteten geschätzt, die unter zitierten Voraussetzungen freiwillig den Sozialplan (auch; im Sinne des Antrages der Abg. Parnigoni und Genossen vom 12.6.1997, XX.GP.-Nr. 498/A, zur Änderung des Poststrukturgesetzes, § 17a, 17b.) in Anspruch nehmen werden und wird jene Anzahl als ausreichend erachtet, den in den Medien kolportierten Personalabbau abdecken zu können? Wenn nein, welche zusätzlichen Maßnahmen werden getroffen werden?
8. Entspricht es der Richtigkeit, daß nach einer von PTA-Chef Josef Sindelka vorgelegten Studie nahezu ein Viertel aller Fahrten der Postbuslinien mit weniger als mit zehn Personen besetzt sind? Werden Förderungen über den Finanzausgleich für gefährdete Linien erwogen, um deren Aufrechterhaltung sicherzustellen?
9. Wie lauten die konkreten Pläne des PTA-Finanzchefs Johannes Dietz bezüglich des Verkaufes der Busdienste an ausländische Interessenten? Mit welchem Interessentenkreis wird/wurde und mit welchem Ergebnis verhandelt?